GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } XIV. DECEMBRIE / DECEMBRE / DEZEMBER 1936. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 12

Äusserung der Ungarischen Partei in der Kammer.

Parlamentsrede des Abgeordneten Josef Willer gelegentlich der Adress-Debatte in der Kammersitzung am 25. November 1936.

Herr Präsident! Herren Abgeordneten!

Oftmals wiederholten wir den Ausspruch, dass die unerlässliche Bedingung zur Festigung unseres Landes die zu allseitiger Befriedigung führende Lösung der Minderheitenfrage sei. Wir sind im festen Glauben, auch die führenden Politiker von rumänischer Seite bezweifeln die Richtigkeit dieser These nicht, wenn sie sich frei von Vorurteil und Voreingenommenheit halten und die höheren Ziele ihrer Nation auch höher einschätzen, als irgendwelchen vorübergehenden Erfolg oder die momentane Volkstümlichkeit der eigenen Partei oder gar der eigenen Person. Heute, da die Völker Europas durch verhängnissvolle Gesinnungsgegensätze zerklüftet aufeinander lauern und die einzelnen Völker nur durch tiefstes Verantwortungsgefühl beseelte, ehrliche Zusammenarbeit von der drohenden Gefahr gerettet werden können, müssen wir mit gesteigertem Pflichtgefühl und mit gegenseitigem guten Willen danach trachten, dass die, für den Staat so schwerwiegende Minderheitenfrage nicht nur zum Schein behandelt, sondern tatsächlich in allseitige Befriedigung herbeiführende und alle Herzen beruhigende Wege geleitet werde.

Wir wollen der Lage ins Auge sehen. Wir vergessen niemals, aber auch Sie, meine Herren mögen es nicht vergessen, dass wir auch ehrliche Bürger Rumäniens sind und in einem

Landesteil wohnen, wo drei Nationen nebeneinander, vielerorts miteinander vermischt leben. Hier an dieser Stelle ist es unsere Pflicht, Hand in Hand mit Ihnen das friedliche, gemeinsame Leben dieser Völker zu sichern und – die Interessen des Staates in Ehren haltend – auf die Hindernisse hinzuweisen, die sich dem Wohl unseres Volkes entgegenstellen, respektive das Wegschaffen dieser Hindernisse von der Regierung und der Kammer zu erwirken.

Unsere Tätigkeit ist demgemäss auch hinsichtlich der Festigung des Landes bedeutungsvoll. Unser Parteipräsident bot im vorigen Jahre unsere aufrichtige Mitarbeit an und obzwar seine Worte damals äusserst bedauerliche, ja verblüffende und bis heute unerklärliche Entgegnung fanden, wollen wir unseren wohlmeinenden Antrag im Interesse der guten Sache feierlich erneuern.

Meine Herren! Selbst der Chef der liberalen Partei, Herr Dinu Bratianu fühlte die höhere Bedeutung der Minderheitenfrage, als er bei der Versammlung in Oradea eigens betonte, die in Rumänien lebenden Minderheiten seien zufrieden. Wir begreifen vollauf, wenn der Herr Präsident im Landesinteresse alle seine Äusserungen mit der Sorgsamkeit des guten Patrioten abwägt. Wenn wir aber hier, unter uns aufrichtig miteinander sprechen und tatsächliche Ergebnisse erzielen wollen, so ist es zweckmässig, Minderheitsangehörige in eigener Person zu erhören, da bei Beurteilung der Stufe ihrer beglückten Zufriedenheit denn doch sie am massgebendsten sind.

Von uns salbungsvolle Erklärungen zu fordern, wäre verfehlt, ebenso wäre es ein nie gutzumachender Fehler, wenn Sie sich vor der Erhörung unserer Mahnungen verschliessen wollten. Allein die Tatsache, dass wir mit unseren Klagen hieher kommen, beweist unsere reine Loyalität und seien Sie überzeugt, wir werden die glücklichsten Menschen sein, wenn unsere Klagen Gehör und Abhilfe finden. Mögen Sie also gefälligst einige Bemerkungen mit Wohlwollen und dem Bewusstsein erhören, dass wir nur unsere Pflicht erfüllen und weit davon entfernt sind, mit unbegründeten Anklagen den Widerwillen unserer Abgeordneten-Kollegen herauszufordern, wodurch unsere und unseres Volkes Lage nur noch erschwert wäre.

Das elementarste, weil natürlichste Recht jedes Menschen, jedes Volkes ist das Recht zu leben, seinen Lebensunterhalt zu finden, u. zw. auf ehrliche Weise. Dies unser Recht bedrohen stetig anwachsende Gefahren. Unsere intellektuellen Schichten erlitten vor Kurzem einen tötlichen Hieb und keinerlei Anzeichen irgendwelcher Besserung in der Zukunft ist wahrzunehmen. Unsere Beamten sind auf die Strasse geraten und obwohl der Herr Ministerpräsident vor unserer Parteideputation, der Herr Finanzminister vor der Kammer-Plenarsitzung als ganz natürlich erklärten, dass Diejenigen, die auf Grund der Sprachprüfungen durchfielen, wenigstens ihren Dienstjahren entsprechend Ruhegehalt bekommen mögen, geschah diesbezüglich keinerlei Verfügung, vielmehr wird sogar Kranken keine Pension ausgefolgt, solange sie nicht Zeugnisse über gut bestandene Sprachprüfung bekommen. Derlei Zeugnis zu verschaffen sind diese Unglücklichen aber eben weil sie krank sind, nicht imstande.

Anstelle der zu tausend Entlassenen wurde kein einziger Ungar ernannt. Aber nicht nur die öffentliche Beamtenlaufbahn ist unseren Volksgenossen versperrt, auch kommerzielle und industrielle Unternehmungen. Umsonst versicherte man uns beim Verhandeln des Gesetzes über den Schutz der nationalen Arbeit, dass sich der Begriff „Rumäne" auf die Staatsbürgerschaft bezieht und darunter auch zu Minderheiten gehörige Staatsbürger gemeint sind. Unter dem Druck verschiedener Mächte sehen sich die Unternehmungen genötigt, die zu Minderheiten gehörigen Angestellten zu entlassen und hüten sich, an deren Stelle wieder Minderheitsarbeitskräfte zu nehmen.

Ionel Pop: Herr Willer! Gestatten Sie eine Unterbrechung: glauben Sie, dass in Siebenbürgen nicht auch rumänische Beamte dieses Los hatten?

Willer: Auf Grund der Tatsache, dass sie nicht rumänisch konnten?

Ionel Pop: Einerlei. Ich sage bloss, es ist nicht von einer Behandlungsweise die Rede, welche man nur den Minderheiten gegenüber anwandte.

Willer: Herr Abgeordneter Pop, ich nehme ihre Bemerkung zur Kenntnis, diese bekräftigt aber nur meine Klage. Unter dem Vorwand der Sprachprüfung wurden unsere Leute hin-

ausgeworfen, auch wenn sie rumänisch konnten. Und nun bekommen sie nach ihren Dienstjahren nicht einmal Pension. Wenn ein rumänischer Beamter ebensolche Behandlung erfährt, so ist er ebenso zu bedauern, wie der Ungar.

Ionel Pop gibt hierauf ausführlich den Fall des Obersten Medrea bekannt.

Eduard Abrudbányai: Sie führen hier einen Ausnahmefall vor, wir beklagen uns jedoch über allgemeine Massnahmen.

Pop: Ich könnte eine ganze Reihe solcher Fälle erwähnen, ich will aber nur beweisen, dass dies keine besondere Benachteiligung der Minderheiten ist.

Laár: Und Sie billigen dies?

Pop: Ich halte dies Verfahren nicht für richtig, habe auch Prozesse geführt und mehrere gewonnen.

Willer: Meine Aufgabe ist, alles zu sagen, was uns schmerzt. Unter dem Vorwand der Sprachprüfung hat man keinen einzigen rumänischen Beamten entlassen. Es gibt Ungarn, die viel schöner rumänisch sprechen, als mancher Siebenbürger Rumäne. Ich habe also doch von einer besonderen Benachteiligung der Minderheiten gesprochen.

Numerus valachicus.

Wir haben nicht die Gelegenheit gehabt, mit Herrn Alexander Vaida über sein Numerus valachicus zu sprechen. Wenn aber dieser Begriff die verhältnismässige Berücksichtigung der Bevölkerung bedeutet, so erklären wir, dass es uns nie einfallen würde, mehr als das zu fordern. Das heutige System führt aber leider zum Numerus nullus, und wir fragen verzweifelt: halten Sie es für möglich, dass eine nationale (völkische) Minderheit hinuntergedrückt wird von den intellektuellen und wirtschaftlichen Bahnen, von Stufe zu Stufe in die untersten Lebensmöglichkeiten, und halten Sie es nicht für notwendig, im Interesse der allgemeinen Zufriedenheit die Minderheiten zu einer duldsamen und im wahrsten Sinne des Wortes liberalen Atmosphäre gelangen zu lassen?

Das Schicksal der Lehrer und Priester.

Hier bin ich gezwungen, auf einen traurigen Umstand hinzuweisen, von welchem Sie keine Kenntnis haben: nämlich das Elend unserer konfessionellen Lehrer und unserer Geistlichkeit. Das gänzliche Ausbleiben der staatlichen Unterstützungen, die Ungleichheit

zwischen den geistlichen Kongruen. Richtiger gesagt: die Ungerechtigkeiten, welche eben die Intellektuellen treffen, und von diesem Beruf die Jugend abschrecken, welcher Beruf am geeignetesten wäre, das Volk zu einem gottesfürchtigen und nüchternen Leben zu erziehen, also eine erstklassige Aufgabe des Staates erfüllt. Richtig ist, dass die weitere Behandlung dieser Frage mehr in den Rahmen des Staatshaushaltes (Budget) gehört. Aber ich habe es jetzt schon für meine Pflicht gehalten, auf diese drückenden Sorgen unserer Minderheit hinzuweisen.

Prelipceanu (Cuzist): Das ist auch kein Minderheitenproblem. Es gibt orthodoxe Geistliche, die keinen Bani bekommen. Sprechen Sie nicht von Minderheitsverfolgungen, da Ihre Ausführungen ungerechtfertigt sind.

Willer: Ich weiss nicht, womit ich die feindlichen Worte meines Kollegen Prelipceanu verdient habe ...

Prelipceanu: Nicht feindlich, nur gerecht.

Willer: Ich bitte um Entschuldigung. Auch das Ministerium hat unsere Klagen anerkannt und uns versprochen, bei den Budget-Verhandlungen die begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Prelipceanu: Der Staatshaushalt kann diese Forderungen nicht erfüllen und Sie können keinen moralischen Nutzen daraus ziehen. Sie sprechen so sanftmütig, wie eine Klosterfrau nur deshalb, um Ihre Beleidigungen an unsere Adresse abgeben zu können.

Willer: Herr Abgeordneter! Wir haben an kompetenter Stelle bewiesen, dass ein unitarischer Bischof einen kleineren Gehalt hat, als ein Türsteher im Parlament. Wenn Sie die Tatsachen nicht kennen, so bitte statt zu polemisieren, meinen Worten zu glauben.

Popescu (Questor): Herr Abgeordneter, ich verfolge immer Ihre Reden und möchte wenigstens einmal ein anerkennendes Wort von Ihnen hören.

Willer: Merken Sie auf, Sie werden sehen, ich sage Ihnen etwas Schönes.

Popescu: Sie sprechen nur von Verfolgung. Ich erwarte, dass Sie schon einmal bekennen, dass die Regierung den Minderheiten auch Gutes tat.

Die Zukunft des ungarischen Kindes.

Willer: Noch bitterer als die Lage unserer heutigen Generation ist die Sorge: was wird mit unseren Kindern? Der

ungarische Unterricht in den Elementarschulen findet sich immer schwereren Hindernissen gegenüber. Das Schulgesetz vom Jahre 1924 § 7 sichert den Kindern der Minderheiten den Unterricht in den Elementarschulen in ihrer Muttersprache. Demgegenüber zeigen die schulpflichtigen ungarischen Kinder und die Gliederungen der staatlichen Schulen eine traurige Statistik. Laut Ausweis des Unterrichtsministeriums von 1930 waren 427 staatliche ungarische Elementarschulen, resp. solche mit ungarischen Sektionen. Am Ende des Schuljahres 1934–35 waren nach faktischem Befund 112 ungarische Elementarschulen in Betrieb. Die gegenwärtige Situation ist noch viel trauriger. In diesen 112 Elementarschulen mit ungarischen Sektionen werden insgesamt 11.484 Kinder mit ungarischer Muttersprache unterrichtet, also ausgenommen die in die konfessionellen Schulen gehenden Kinder, haben rund 175.000 ungarische Kinder nicht in ihrer Muttersprache gelernt.

Pop Ionel: Wie viele Schulen mit rumänischer Unterrichtssprache waren in Siebenbürgen vor dem Jahre 1918–19?

Willer: Ich will die Atmosphäre nicht vergiften. Auch hat mein Volk mich nicht deshalb hergeschickt, damit ich von der Vergangenheit verhandle, sondern von der Zukunft. Aber wenn schon mein Kollege von der Vergangenheit spricht, so ist folgendes die Wahrheit: darum waren keine solche Staatsschulen, nachdem der ungarische Staat ihre konfessionellen rumänischen Schulen zahlte, wir aber keinen Bani von ihm bekommen. Bei einer anderen Gelegenheit werde ich Ihnen ein altes ungarisches Budget bringen.

Pop Ionel: Vor der Vereinigung war nicht eine einzige Staatsschule mit rumänischem Unterricht.

Willer: Danke Herrn Abgeordneten Pop für diese feindli chen Zwischenrufe, denn die geben mir Recht.

Pop Ionel: In mir sind durchaus keine feindlichen Gefühle, auch nicht gegen Sie, den ich sehr hochschätze und noch weniger gegen die ungarischen Minderheiten. Ich erlaube, dass viele in der Behandlung dieser gefehlt haben, doch wir wünschen, dass die Minderheiten auch rumänisch fühlen, in dieser Hinsicht wären sogar Opfer notwendig. Wenn Sie aber Ihre Thesen tendenziös aufstellen, muss ich bemerken, dass Ihre Klagen keine Minderheitenprobleme, sondern allgemeine Schwierigkeiten sind.

Willer: Wenn ich sage, was wir Ihnen an Staatshilfe für Schulen gaben, Sie aber uns nichts geben, wo ist da die Tendenz, wenn ich Wahres spreche?

Pop Stefan (liberal): In der Zeit der ungarischen Herrschaft war eine einzige rumänische Schule, welche Sie staatlich unterstützten. Das ist der kleine Unterschied zwischen dem vergangenen und dem gegenwärtigen System.

Willer: Sie sind Fachmann in dieser Frage; wie können Sie so etwas sagen? Die Schulenerhaltung ist schon aus materiellen Gründen mit grossen Schwierigkeiten verbunden, nachdem wir keine Hilfe vom Staat bekommen. Ebenso bekommenn wir nichts vom 14 %-igen Gemeindeeinkommen, wo doch deren Proportionalverteilung das Gesetz vom Jahre 1930 und eine Regierungsverordnung vom Jahre 1933 für die konfessionellen Schulen ausdrücklich sichert. Unsere Schulen sind im allgemeinen rein, geräumig und es erfüllt uns mit denkbarem Schmerze, wenn man diese als gesundheitlich nicht entsprechende schliesst, um sie dann nach kurzer Zeit als Staatschulen wieder in Anspruch zu nehmen.

Pop Ghiţa (National-Zaranist): Ich will Sie nicht stören, doch etwas will ich bemerken. Bei jeder möglichen Gelegenheit kommen Sie mit ihren Klagen gegen die rumänische Regierung. Ich bekenne aufrichtig, dass manche ihrer Klagen gerechtfertigt sind. Aber ich frage: hat die Ungarische Partei das Recht zu klagen dann, wenn sie bei jeder Gelegenheit auf die liberalen stimmt? Draussen wird es so verordnet, im Parlament beklagen Sie sich vor Europa. Wie reimt sich das?

Robu (Cuzist): Wirklich keine Aufrichtigkeit. Ihr paktiert mit der nationalen Bauernpartei und stimmt ab auf die Liberalen. (Heiterkeit!)

Pop Ghiţa: Wir haben nie mit ihnen paktiert. Aber Goga ja. Mit so etwas wollt ihr uns blenden, damit wir die Wirklichkeit nicht sehen, wenn man die Regierung angreift.

Willer: Also, Herr Ghiţa Pop, ich als Musiker gestehe, dass zwischen den Liedern von Schumann und Schubert viele solche Lieder sind, welche man hundertmal gerne anhört. Aber dieses von Ihnen zehnmal gehörte Lied ist mir wirklich schon langweilig.

Bota (liberal): In den Komitaten Sălaj und Satu-Mare sind 37 schwäbische Dörfer. Diese hat die katholische Kirche ma-

gyarisiert. Die nationale Bauernpartei hat auf Bitten der Schwaben wieder die deutsche Sprache im Unterricht eingeführt, um sie wieder zu germanisieren. Ich denke, das war doch eine schöne Geste.

Pop Ghiţa: Herr Willer war dagegen.

Bota: Die katholische Geistlichkeit wollte die deutsche Unterrichtssprache nicht einführen. Vorgestern sagte mir ihr Advokat, wenn ihr nicht erlaubt unsere Kinder in die ungarischen Schulen zu schicken, geben wir sie lieber in die Saatsschule als in die deutsche. Also, sie gehen nur dann in die Staatsschule, wenn sie nicht Ungarn bleiben können. Das heisst, dass die Schulen auch heute noch eine magyarisierende Politik betreiben, oder wenigstens trachten, das Ungarntum zu behalten.

Willer: Bedaure, dass meine Rede so lang wird, aber darauf muss ich Antworten. Wenn wir die Frage von höherem Standpunkt betrachten und nicht vom Standpunkt der Feindseligkeit, so muss ich feststellen, dass zwischen uns grundsätzliche Gegensätze bestehen. Sie sind die Stärkeren, Sie siegen. Aber erlauben Sie auch, wenn wir die Schwächeren sind, dass wir in der Überzeugung leben, dass wir Recht haben. Nach unserer Überzeugung ist das nationale Gefühl so tief, wie der Glaube, wie die Religion, man kann sie nicht auf Befehl umtauschen. Bezüglich der Schwaben an der Grenze, muss ich den Herren ihre Geschichte erwähnen, um die öffentliche Meinung nicht irrezuführen. Diese Schwaben sind vor Jahrhunderten als Diener in die Karolyi'sche Herrschaft gekommen.

Ghiţa Pop: Ansiedler, nicht Diener!

Willer: Verzeihung, wenn man die Banater Deutschen Ansiedler nennt, kann man die Karolyi'schen Leibeigenen, Frohnbauern nicht ebenso nennen.

Ghiţa Pop: Frohnbauer sind nicht Diener.

Bentoiu Staatssekretär: Also mit einem Wort, der Glaube, wovon Sie früher gesprochen haben, gilt für die Frohnbauern nicht?

Willer: Herr Minister, Sie haben Ihren Zwischenruf etwas übereilt. Wenigstens soviel Geduld hätte ich gebeten, den Satz zu beenden. Sie sind ja ohnehin der Stärkere, lassen Sie mich wenigstens frei sprechen. Die Herrschaften der Frohnbauern waren Ungarn. Die Schwaben haben sich mit Ungarn verheiratet und wurden magyarisiert. Aber durch Heirat und nicht auf Be-

fehl der Gesetze, nicht mit Assistenz der Gendarmerie, welche die Kinder aus den Schulen herausnimmt. Auch nicht mit Assistenz der Steuer-Exekutoren, die die Mobilien der Eltern mitnehmen, wie das auch heute geschieht mit denen, die das Ungarntum nicht verleugnen wollen. Ich erkläre Ihnen, diejenigen magyarisierten Schwaben, die sich heute als deutsche bekennen, werden wir nie mit Gewalt zurückhalten.

Pop Ghiţa: Das stimmt nicht. Ich werde mit Beispielen dienen.

Willer: Bitte lassen Sie mich sprechen! Bitten Sie nach mir das Wort, dann können Sie sagen was Sie wollen. Ich bat den Minister, ich bat meine Kollegen, bilden wir eine gemischte Kommission, gehen wir an Ort und Stelle und befragen wir das Volk. Was den Staat anbetrifft, gibt es viele, so viele Mittel, um die Minderheiten zu assimilieren: Propaganda-Begünstigungen, Heranziehung der Umgebung, gegen die man sich kaum wehren kann. Aber nicht mit Brachial-Gewalt soll man diese Arbeit verrichten.

Botez: Sie haben nicht recht. Der schwäbische Kulturverein wirkt zusammen mit dem Staate und – einstimmig mit dem Volke – wünscht die deutsche Sprache (Widerspruch von den Reihen der Ungarischen Abgeordneten). Ich habe Beweise.

Willer: Ganze Dörfer haben mich aufgesucht, gebrochen von Schmerz und Bitterkeit, klagend, dass sie ihre Kinder nicht mehr in die ungarische Schule senden können. Und ich kann nicht begreifen, warum der rumänische Staat so parteiisch im Kampfe zweier Minderheiten ist und warum sie die Kinder in eine Schule zwingen wollen, von welcher sie nichts wissen wollen. Anderseits: wo die Bevölkerung sich deutsch bekennen will, glauben Sie, dass wir die Kraft haben das zu verhindern?

Bota: Sie sind auch ein magyarisierter Schwabe ihrem Namen nach.

Willer: Sehen Sie, solches kann mich empören, wenn man etwas behauptet, worüber man nicht orientiert ist.

Botez: Advokaten sagten mir, dass selbst Bischof Fiedler so spricht: wenn wir die deutschen Schulen forcieren, schicken Sie ihre Kinder lieber in die Staatsschulen.

Willer: Man ist auch zu mir gekommen, aber ich habe eine abweisende Antwort gegeben: wenn ich noch so gute

Verbindungen zum Rumänentum habe, werde ich so etwas nicht unterstützen, so darf man nicht germanisieren, aber auch nicht rumänisieren. Das ist nur ein verzweifelter Schritt, welchen ein Politiker mit Verantwortungsgefühl nicht unterstützen darf.

Pop Ghiţa: Sie behaupten, Sie wollen die Deutschen nicht magyarisieren und die ungarische Sprache ihnen nicht aufzwingen. Ich diene mit Beispielen und mein Zeuge ist Baron Josika (Grosser Lärm).

Pamfil Şeicaru: Hören Sie Gh. Pop an, er war Unterminister und seine Daten sind sehr wertvoll.

Pop Gh.: Im vergangenen Jahre verordnete das Unterrichtsministerium, dass in einer Gemeinde, wo die Bewohner die deutsche Sprache verlangten ...

Josika: Welche ist diese Gemeinde?

Pop Gh.: ... wollte die Regierung dem Wunsche der Gemeinde Genugtuung leisten. Baron Josika, ungarischer Abgeordneter, welchen ich übrigens sehr schätze, intervenierte sofort im Ministerium, protestierte und behauptete, dass die ganze Bevölkerung rein ungarisch sei...

Stimmen: Wo?

Pop Gh.: Im Sălajer Komitat. Und es ist unmöglich die deutsche Sprache solchen aufzuzwingen, die nicht deutsch können und keine Deutschen sein wollen. Das Ministerium bezweifelte das, schickte einen Inspektor hin. Und damit man ihn nicht mit Parteilichkeit beschuldigen könne, sandte man einen Sachsen, der die Situation genau untersuchte und feststellte, dass im Dorfe, wo auch ich dann später selbst war, sämtliche Bewohner Deutsche sind und betroffen fragten, wie man behaupten kann, dass die Bewohner Ungaren sind; 96 % der Bevölkerung sind Deutsche und die Herren wollten doch die ungarische Sprache erzwingen.

Josika: Meine Herren! Die Situation ist diese, dass in dieser Gemeinde ein Teil der Bewohner sich als Ungaren, ein Teil sich als Deutsche bekennen. Ich bat, untersuchen wir genau die Lage, weil ein Teil der Bewohner die ungarische Sprache zu belassen forderte. Das Ministerium schickte einen Inspektor, aber der sprach nur mit denen, die sich als Deutsche bekannt haben. (Zwischenrufe, grosser Lärm.) Ich habe natürlich im Namen derer interveniert, die zu mir, zum ungarischen Abgeordneten kamen und die ungarische Sprache forderten.

Pamfil Şeicaru: Wie ist das Zahlenverhältniss der Nationalitäten in dieser Gemeinde?

Josika: Halb ungarisch, halb deutsch.

Pamfil Şeicaru: Und weil halb und halb, muss alles ungarisch sein?

Willer: Ich weiss nicht, ob mein Antrag den Herrn Abg. Pop Ghiţa befriedigen wird. Ich erkläre hier von der Rednertribüne und jeder ungarische Abgeordnete wird mit mir einverstanden sein — die Regierung möge gemischte Kommissionen bilden, deren Mitglieder ungarische und deutsche Abgeordnete gleichmässig sein sollen. Diese Kommissionen mögen von Dorf zu Dorf gehen, wo die Einwohner sich für Deutsche bekennen und wir geloben feierlich, dass wir ihr Deutschtum nie bezweifeln und ihre nationalen Gefühle nie beeinflussen werden wollen.

Pop Gh.: Die Frage ist sehr wichtig und ich werde meinen Standpunkt in einer Interpellation anmelden.

Staatsbürgerliche Schwierigkeiten.

Willer: Erlauben Sie, dass ich mit einigen Worten eine sehr wichtige Frage berühre, welche eine rasche Erledigung erheischt. Das ist die Staatsbürgerschaft-Angelegenheit, welche schon mehrere Justizminister ordnen wollten, ihnen aber zum Unglück nie Zeit geblieben ist, ihre Absicht zu verwirklichen. Meine Herren! Gross ist die Zahl dieser Minderheiten Familien, deren Staatsbürgerschaft nicht bereinigt ist und diese Familien sind grösstenteils Ungarn. Mehrere Tausende baten um die Anerkennung ihrer Staatsbürgerschaft, aber wieviele haben den gegebenen Zeitpunkt versäumt, deren Lage jetzt verzweifelt ist. Viele, sehr viele sind auch von den Rumänen ausgeblieben, aber diesen hilft die Begünstigung des Repatrierungs-Gesetzes, die Gesuche der Minderheiten aber, auch solche, welche bei Zeiten eingereicht wurden, müssen jahrelang warten und wenn das System nicht geändert wird, müssen sie auch noch weitere Jahre auf ihre Verhandlung warten und die zahllosen Schwierigkeiten können nur wenige umgehen. Doch sind die Bittsteller gut 90 Prozent hier geboren und leiden nur wegen der Versäumnisse bei den Formalitäten der Anmeldungen, also meistens sind sie Opfer ihrer Unwissenheit und Unorientiertheit. Sie wissen, dass die Ungeregeltheit der Staatsbürgerschaft mit folgenden Gefahren verbunden ist: Verlust der Stelle, Verbot von

Arbeitsunternehmen und des Erwerbes stehender Güter, und der Gefahr der Ausweisung.

Auch in Hinsicht auf die Gesuche zur Erteilung der Staatsbürgerschaft gibt es viele Schwierigkeiten; da der Bittsteller in erster Linie verpflichtet ist, seiner früheren Staatsbürgerschaft zu entsagen, die rumänische Staatsbürgerschaft nur nach einer Wartezeit von 10 Jahren erwerben kann: 10 lange Jahre ist er heimatslos, ständig der Gefahr der Ausweisung ausgesetzt und auch nach dieser Zeit nach schweren Formalitäten erst die rumänische Staatsbürgerschaft erreichen kann, wenn er sie überhaupt erhält.

Wir bitten Herrn Justizminister, den wir als gerechten und edelmütigen Menschen kennen, er möge diese Frage eiligst studieren; wir werden die Daten und unsere Erwägungen ihm gerne zur Verfügung stellen.

Die Atmosphäre des Belagerungszustandes.

Wir haben schon oft betont, dass die Verschlechterung der Lage der Minderheiten, vor allem der ungarischen Minderheit, grösstenteils der masslosen Hetze zuzuschreiben sei, welche die Presse seit Jahren gegen uns fortsetzt und welche wir leider nicht ausparieren können. Im Bewusstsein unserer Verantwortlichkeit, wenn wir diese verheerenden Auswirkungen sehen, bitten wir wiederholt die vornehmen Arbeitskräfte der Presse, zu welchen wir herzliche Beziehungen haben, sie mögen doch bedenken, welcher glühende Hass und unerträgliche Atmosphäre um uns entsteht in Folge dieser tagtäglich sich erneuernden Hetzen. Der Lehrer vom Lande, der kleine Beamte, der Gendarm haben nicht das Gefühl der notwendigen Kritik den rumänischen Presseprodukten gegenüber. Sie lesen die Beschuldigungen wie die heilige Schrift und ein jeder fühlt sich als ein Retter des Vaterlandes, der in Gegenden dient, wo Minderheiten wohnen; überhaupt die Interimar-Kommissionen, welche ungesetzmässig arbeiten, ohne Verantwortung religiöse und kulturelle Zusammenkünfte verbieten, und nicht einmal das unschuldige Wirken der Gesangsvereine erlauben, das Volk wird schliesslich ungeduldig uns gegenüber. Sie demolieren unsere Kunstdenkmäler, zerstören sogar die kirchlichen Denkmäler und der Gendarm, der die Ordnung aufrechterhalten sollte, und dem wir auch gerne helfen möchten, ist eine Macht geworden, in

jede denkbare Frage, zu welcher er kein Verständnis hat, sich hineinmischt und im Strafausmass keine Grenzen kennt.

Alldies ist nicht notwendig, im Gegenteil, ein verständiger, feinfühlender Mensch könnte die Minderheiten für sich gewinnen, wobei auch die vollkommene Ruhe, Ordnung und der Einklang im Gemeinschaftsleben gesichert wäre : nun will ich nur ein Beispiel erwähnen, den Prefekten von Braşov. Braşov ist eines der heikelsten Zentren, wo drei Nationalitäten beisammen leben und sich die grösste Gelegenheit zur Verschärfung der Lage bietet. Und doch, der Takt des Präfekten sichert Friede und Ruhe und wir freuen uns, dass wir seine wertvolle Arbeit von der Rednertribüne des Parlamentes anerkennen und so unsere gutwillige Unparteilichkeit beweisen können. Es gibt noch Solche, die das Lob verdienen würden, sie sind aber leider nicht genug zahlreich dazu, um die Atmosphäre freundlicher zu gestalten.

Die Regierung, statt uns in Schutz zu nehmen, fällt der allgemeinen Befangenheit zum Opfer, ist voreingenommen gegen uns, behandelt uns mit grobem Misstrauen. Es wurde die heurige Generalversammlung der Ungarischen Partei verboten. Dieses Verbot war das Ergebnis einer grossen Unerfahrenheit und des Misstrauens. Das hochgeehrte Innenministerium weiss nicht, dass die Sitzungen unserer Parteiversammlungen immer in grösster Ruhe und Ordnung verlaufen, Zwischenrufe nicht vorkommen und dass uns solche Vorwürfe nie getroffen haben. Es scheint, das Innenministerium kennt die im Lande lebenden Ungarn nicht, sonst hätte es gewusst, dass die Bewilligung der Versammlung die Ruhe und Ordnung auf keinen Augenblick gefährdet hätte, wo nach dem Verbot ebendann in anderen Städten des Landes und in den Zentren der Provinzen die übrigen Parteien riesige Mengen auf die Beine brachten, sie konnten demonstrative Aufzüge veranstalten. Diese zwei verschiedenen Behandlungsweisen erweckten ein bitteres Gefühl der Unzufriedenheit der ungarischen Seelen.

Die Zensur ist parteiisch.

Diese ungerechtfertigte Unterscheidung muss man auch bei der Zensur ausschalten. Unsere Artikel werden unbarmherzig gestutzt. Die Sätze unserer ruhigsten und befähigtesten Schriftsteller werden mit peinlichen Unverstand zerpflückt und unverständlich gemacht, während die gegen uns hetzende Presse mit

ihren unmöglichsten Offenbarungen mit der Genehmigung der Zensur erscheinen können. Aus allen Teilen des Landes werden die gehässigen und schmähenden Offenbarungen gesammelt, auf welche wir nicht antworten können und auch nicht antworten wollen.

Totu (Cuzist): Sagen Sie ein einziges Beispiel.

Willer: Ich werde Ihnen sogleich mit einem sehr erbaulichen Beispiel dienen, lassen Sie mich nur sprechen.

Totu: Bitte insinuieren Sie nicht.

Willer: Um dem Wunsche des Herrn Totu nachzukommen, möchte ich aus dem in Odorheiu erschienenen „Glas românesc în regiunea secuizată" betiteltem Blatt vom 12. Nov. d. J. vom Leitartikel einige Sätze anführen. „Wenn Mussolini die Ungarn aus dem rumänischen Joch befreien will, kommen wir ihm zu Hilfe. Wir veranstalten eine neue Bartholomäus-Nacht, nach welcher dann die Italiener kommen können, um die ungarischen Rümpfe zusammenzuklauben vom Boden Siebenbürgens. Unsere Ungarn sind befreit von der Sklaverei und wir haben mit einem Problem weniger, welches soviel Lärm macht.

Pop Ionel: Wer hat diesen Artikel unterschrieben?

Willer: Herr Dobrota.

Pop Ghiţa: Sie haben Recht Herr Willer, aber das ist ein obskures Blättchen, niemand weiss davon. Hat man es zensuriert?

Willer: Solche Blätter sind überall. Was die Zensur betrifft, ist diese zweierlei. Wo Belagerungszustand ist, wird die Zensur von Militärbehörden ausgeübt, wo nicht, ist der Präfekt der Zensor.

Pop Ghiţa: Welches ist besser? (Heiterkeit.)

Pamfil Şeicaru: Herr Willer, wir bekennen, Du bist uns gegenüber im Vorteil, du kannst rumänisch, wir können nicht ungarisch. Ich bin sicher, wenn ich eine Woche lang die Siebenbürger ungarische Presse beobachte, könnte ich Dir solche Artikel zeigen, von welchen Du nicht die Verantwortung übernehmen würdest.

Pop Ghiţa: Seit die Zensur tätig ist, können die Ungarn nicht mehr so schreiben. Aber Herr Willer ich will Ihnen einen sehr interessanten Fall erwähnen. Möchten Sie uns nicht Aufklärung geben über die Gründe, welche die Regierung zur Einstellung der „Brassói Lapok" und der „Népujság" veranlassten.

Ist nicht vielleicht die Ungarische Partei in dieser Angelegenheit interessiert?

Willer: Auf diese elegante Verdächtigung des Herrn Ghiţa Pop, muss ich den gegenwärtigen Herrn Innenminister Iuca und Staatssekretär Bentoiu bitten, sie mögen sagen, ob nicht ich, Josef Willer, Doktor und Abgeordneter es war, der als Generalsekretär der Ungarischen Partei interveniert habe für „Brassói Lapok" und ob ich nicht im Ministerium gegen die Einstellung desselben protestiert habe? Aber Herr Pamfil Şeicaru soll unparteiisch sein und möge zurückdenken, als im Jahre 1931 die „Brassói Lapok" eingestellt wurde, habe ich nicht Sie ersucht zu intervenieren? Heute kann ich auch nichts anderes sagen: ich würde mich schämen, wenn die Einstellung einer Zeitung mich etwas angehen würde.

Dr. Iuca (Innenminister): Meine Herren, ich bekenne vor der Kammer, dass Herr Abgeordneter Willer bei der Regierung intervenierte, dass wir die Einstellung der Zeitung rückgängig machen, doch erkläre ich, wenn diese Intervention von wo immer kommen würde, wenn ich meinem Land und meinem Volk verantwortlich bin, ich nicht nachgebe. (Beifall und Bravorufe.)

Willer: Herr Minister! Ich intervenierte mit dieser Begründung bei Ihnen, weil Sie Ihre Verfügung nicht begründeten. Eben darum hoffe ich, dass Sie Ihre drakonische Massnahme zurückziehen, keine einzige Massnahme kann Ewigkeitsbestand haben. Wie erst wenn von einer Massnahme die Rede ist, welche jede Begründung entbehrt. Ich habe alle Hoffnung, dass Sie diese Massnahme der Einstellung unter Revision nehmen werden.

Pop Ghiţa: Ich will Ihnen mit einem Beispiel dienen. Bei Gelegenheit der allgemeinen Wahlen wählte man ...

Willer: Sehen Sie, Herr Abgeordneter, ich bin in einer unerhört schweren Lage. Wenn ich mit Ihnen das Zwiegespräch fortsetze, habe ich den Herrn Präsident gegen mich, wenn ich aber erkläre, dass ich keine Zwischenrufe mehr erlaube, springt mein Freund Solomon auf und ist unwillig.

Solomon Virgil (National-Zaranist): Herr Willer, Du, der Du ein alter Parlamentsmensch bist, willst die Kammer glauben machen, dass es eine elegante Geste von Dir war, wie Du einen Sessel auf die Rednertribüne bringen liessest und Dich niedersetztest, als ein gewesener Minister sich auf zwei Minuten zur Unterbrechung meldete?

Willer: Nicht um die Welt will ich mir einige schmeichelnde Beifügungen gestatten. Die Kammer möge beurteilen, ob ich mich jemals unanständig aufführte ?

Solomon V.: Die Kammer duldet nicht, dass man sie so behandelt.

Willer: Es ist schon oft vorgekommen, dass gewesene und aktive Minister, wenn sie in ihrer Rede zu oft unterbrochen wurden, endlich ihre Geduld verloren...

Solomon V.: Und sich auf die Tribüne einen Stuhl bringen liessen ?

Willer: Also dieser Sessel empört Dich derart. (Er winkt einem Diener, der den Sessel fortbringt).

Solomon V.: Ich hätte von Herrn Präsidenten erwartet, er möge es nicht gestatten, mit uns so umzugehen. (Lärm.)

Lobonțiu (Vizepräsident): Meine Herren Abgeordneten, fügen Sie sich den Hausregeln und sprechen Sie nur mit der Einwilligung des Redners.

Willer: Auf einer Seite werden unsere angesehenen Tageszeitungen und unschuldigen Wochenschriften eingestellt, während auf der anderen Seite eine neue Bartholomäusnacht angedroht wird. Meine Herren, wie können Sie verlangen, dass so eine beleidigende Unterscheidung uns zufriedenstellen soll ?

*

Wir können nicht genug betonen, dass wir nur ausschliesslich Ihre Aufmerksamkeit erwecken wollen. Wir hoffen, wenn man die Dinge näher betrachtet, dass Sie uns in vielen, sogar in allem Recht geben werden.

Darum danke ich, dass Sie mich anhörten. Vielleich werden Sie heute mit mehr Verständnis diese vor zwei Jahren schon vorgebrachte Bitte behandeln, welche die Minderheitenfragen aus dem Parteihader und Parteistreit herausheben wollte. Wenn Sie auch jetzt nicht geneigt sind, eine zwischenparteiliche Kommission zu wählen, so bitte ich die Regierung und die Mehrheit, den Stoff meines Vortrages zu überprüfen und darüber zu verhandeln. Und wir werden natürlich einem jeden gutgesinnten Regierungsfaktor mit aufrichtiger Freude zur Verfügung stehen,

Totu: Herr Willer ist eine Antwort schuldig geblieben. Es war nämlich davon die Rede, dass er die Angriffe der Presse mit schrecklichen Beispielen illustriere.

Willer: Mein Herr, Sie haben nur ein einziges Beispiel verlangt und ich habe Ihnen sofort mit einem einzigen gedient. Wenn Sie neugierig sind, so werde ich fortsetzen, die Kammer möge mir nur die Erlaubnis dazu erteilen.

Übersetzt von: Andreas Biazzini.

Änderung in der Lage der ungarischen Minderheit Jugoslawiens.

Wie die freundschaftlichen oder unfreundlichen politischen Beziehungen einzelner Staaten untereinander stark auf das Schicksal der Nationalminderheiten auswirken, dafür erhielten wir neuerdings wieder sprechende Beweise.

Sowie infolge der Wirkung der Ereignisse in Marseille die Lage der ungarischen Minderheit Jugoslawiens am verzweifeltsten war, ebenso brachte die während der letzten Monate beobachtete Richtungsschwenkung der jugoslawischen Aussenpolitik den Mitgliedern der ungarischen Minderheit scheinbare Besserung ihrer Lage mit sich.

Diese Feststellung beruht unter anderem auf folgenden Erscheinungen:

Zehn Entsendete, führende Persönlichkeiten der alten Ungarischen Partei, begaben sich am 22. Oktober nach Belgrad, um der Regierung die kulturellen Wünsche des Ungartums bekanntzugeben und ein Memorandum zu überreichen. Mitglieder der Deputation waren: Dr. Leo Deák, Denisius Streliczky, Andreas Marton, Dr. Eduard Draskóczy, Johann Vámos, Dr. Péter Batta, Géza Nojcsek, Ladislaus Horváth, Karl Grossinger und Emerich Várady. Geführt wurde die Deputation durch Stadtvorstand von Zenta, Sava Vujič und den gewesenen Abgeordneten Ingenieur Nicola Beszlič. Zuerst begaben sich die Herren zum Ackerbauminister Stankovič, dann gingen sie mit Letzterem zum Unterrichtsminister Dobrivoj Sztosovič, um die Wünsche der Ungarn vorzubringen. Sie baten um die Eröffnung der ersten Klasse in der ungarischen Sektion der Belgrader Lehrerbildungsanstalt, Einsetzung von Lehrern in einige vakante Lehrerstellen und Eröffnung der, wegen Mangels an Lehrkräften gesperrten Minderheitsschulen, ferner die Rückversetzung einiger, in andere

Banate versetzter Lehrer in die Voivodina und die Durchführung des Elementarschulgesetzes derart, dass selbst die Spuren jeglicher Namensanalyse verschwinden mögen. Sie baten um Genehmigung der Betätigung des Volkskreises (Népkör) und des Ungarischen Allgemeinen Bildungsvereines (Magyar Közmüvelődési Egyesület) in Subotica. Beide Minister erhörten die vorgebrachten Wünsche mit viel Verständnis.

Auch vor dem Ministerpräsident erschien die Deputation und erklärte im Namen des Ungartums ihre Bereitschaft, die Regierung in ihrer Tätigkeit unterstützen zu wollen. Sie brachte die wichtigsten kulturellen und wirtschaftlichen Beschwerden des Ungartums vor, deren Abhilfe sie von der Regierung erwartet. Stojadinović antwortete in halbstündiger Rede. Er betonte, die Regierung sei bereit, die Prinzipien der Demokratie im vollen Sinne, auch bezüglich der Minderheitenfrage geltendzumachen. Er verurteilte alle gegen das Ungartum gerichtete Slawisierungsbestrebungen, solche können aber im demokratischen Jugoslawien gar nicht vorkommen. Die jugoslawische Regierung wird ihrem gerechten Urteil gemäss die berechtigten Wünsche der ungarischen Minderheit erfüllen, aber nicht, weil der ungarische Ministerpräsident Darányi den Schutz der Minderheiten in den Nachfolgestaaten in Aussicht gestellt hat, sondern weil das Gewissen, die von ihr befolgte Politik der Verständigung und Befriedung, es der Regierung diktieren.

*

Im Anschluss an diesen Deputationsgang veröffentlichten die Führer der gewesenen Ungarischen Partei in Jugoslawien am 30. Oktober in den ungarischen Blättern folgendes:

„Infolge des abgestatteten Besuches der Führer der gewesenen Ungarischen Partei bei Dr. Milan Stojadinović und den Mitgliedern der Regierung, erging am Donnerstag an das Banusamt ein Reskript der Regierung, worin der Banus-Stellvertreter Svetislav Rajić ermächtigt wird, im Donaubanat die Gründung und Wiedereröffnung von Kulturvereinen zu genehmigen. Die Ermächtigung gestattet prinzipiell die Eröffnung des Ungarischen Allgemeinen Bildungsvereines (Magyar Közmüvelődési Egyesület) in Grossbecskerek und des Volkskreises (Népkör) in Subotica, mit deren formeller Durchführung die Banschaftsverwaltung betraut wird.

Diese ausserordentlich bedeutungsvolle Verordnung ermög-

licht es seit dem 6. Jänner 1929 zum erstenmal, die ungarische Kulturarbeit in Jugoslawien grosszügig zu betreiben und beweist, dass Ministerpräsident Dr. Milan Stojadinovič und die Mitglieder seiner Regierung die Deputation der ungarischen Minderheit und die kulturellen Wünsche der hier lebenden Ungarn verständnisvoll empfingen.

Die Verordnung erweckt die Tätigkeit zweier, zu grossen Aufgaben bestimmter Vereine zu neuem Leben und ermöglicht ihnen jene Bildungsarbeit, die im Wege kultureller Entwicklung die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung der hierzulande lebenden Ungarn bewirken wird.

Banus-Stellvertreter Svetislav Rajič empfing am Donnerstag einige Führer des Ungartums und teilte ihnen den Inhalt der Regierungs-Bevollmächtigung mit."

*

Bezeichnend für die Änderung der Lage ist auch der Umstand, dass in der zweiten Hälfte des Monats Oktober die Führer der längs der jugoslawischen Grenze stationierten Zoll-, Polizei und Verwaltungsbehörden mit den einschlägigen ungarischen Behördespitzen im ungarischen Grenzort Kelebia gemeinsame Beratungen abhielten und hier die Beschwerden und Wünsche der dies- und jenseits der Grenze begüterten Grundbesitzer besprachen. Infolge der Verhandlungen wurde sofort ermöglicht, dass diese Grundbesitzer von Subotica aus mit der Bahn zwischen ihren jugoslawischen und ungarischen Gütern verkehren können, was Jahre hindurch untersagt war.

Wie bekannt, war es den Mitgliedern der ungarischen Minderheit nur unter grossen Schwierigkeiten möglich, Reisepässe fürs Ausland zu erlangen. Gelegentlich der vonseiten des Reisebüros Putnic vor einigen Wochen veranstalteten Gesellschaftsreise nach Wien, woran aus den Minderheitskreisen sechshundert Personen teilnahmen, war es den Reisenden zum erstenmal möglich, auch Budapest zu besuchen, im Dezember wird aber aus Belgrad ein unmittelbarer Eisenbahnzug nach Budapest entsendet.

Schliesslich erfahren wir noch, dass vor einigen Tagen eine ministerielle Verordnung erschien, die jene so verpönte und viel Verdruss verursachende Namens-Analyse abschaffte.

*

Wer sich über die Erreignisse der Weltpolitik erregt, der mag sich wohl auch darüber den Kopf zerbrechen: wie sind die in Milano verklungenen Äusserungen Mussolinis über Ungarn, resp. Jugoslawien im Zusammenhang; uns, den Minderheitsangehörigen ist aber doch das am wichtigsten, dass jene Politik, die in Rom, Berlin, Belgrad und Budapest zustandekommt, endlich zur Besserung der Lage der in Jugoslawien lebenden ungarischen Minderheit führt.

La Tchécoslovaquie est-elle une autre Suisse?

Voilà un article du „Journal de Genève" (Mardi, 24 novembre 1936, No. 323).

M. B. Bénès a publié dans le „Journal de Genève" du 13 novembre un article qui appelle certaines réflexions. Nous les réduirons au minimum, en nous abstenant, volontairement aujourd'hui de toutes considérations de politique extérieure.

L'article met tout d'abord en relief que, depuis sa fondation, la Tchécoslovaquie a su maintenir un ordre intérieur parfait et que son histoire (d'ailleurs fort brève encore) n'enregistre ni révolution, ni coup d'Etat. Passons, en effet, sur les putsch d'opérette du général fasciste Gayda. L'auteur eut pu ajouter que même les luttes politiques, constitutionnelles dans un régime démocratique, ont été supprimées, puisqu'elles ont été étouffées en germe, dès la fondation de l'Etat, par le gouvernement. Celui-ci a, par mesure préventive, dès les premières années, interné dans les territoires détachés de la Hongrie surtout, des milliers d'habitants.

Les fréquents procès politiques sont un autre symptôme de la nervosité des milieux dirigeants tchèques. Le plus saillant fut celui du professeur Tuka, député du parti slovaque autonomiste, qui fut condamné, en 1929, à 15 ans de travaux forcés pour avoir réclamé l'autonomie slovaque, garantie pourtant par la convention de Pittsburg et réaffirmée par le gouvernement tchèque dans la déclaration de Genève. Bien d'autres procès politiques ont rempli les prisons. En vertu d'une loi spéciale, dans les zones frontières où les minorités vivent en masses compactes,

c'est-à-dire sur la moitié du territoire de l'Etat, les habitants, lorsqu'ils sont qualifiés de „suspects", ne peuvent ni acquérir, ni conserver leurs biens fonciers et immobiliers et ils peuvent être chassés immédiatement de leur village. La censure étouffe les protestations de l'opinion publique. Le „Slovak", organe principal du plus grand parti slovaque, a dû, au cours de la dernière année, paraître près de cent cinquante fois avec des colonnes entières en blanc. Le régime est le même pour la presse de la minorité hongroise.

Mieux que la presse ligotée, les résultats des élections reflètent les sentiments de la population à l'adresse de Prague. Lors des dernières élections parlementaires, en mai 1935, les partis de l'opposition ont obtenu en Slovaquie le double et en Russie subcarpathique le triple du chiffre des voix des partis gouvernementaux. Quant au parti allemand des Sudètes, il s'est révélé, fait sans précédent, le plus nombreux de tout le pays.

D'autre part, les résultats des élections démentent les données statistiques du dernier recensement en 1930, qui fixait à 691.923 le nombre des Hongrois en Tchécoslovaquie. C'est ainsi qu'à Bratislava, où le recensement tchèque n'accuse plus que 14 % de Hongrois, le tiers des électeurs a voté pour les deux grands partis hongrois qui, dans tout le pays, ont conservé aux élections successives le même nombre de voix: environ 250.000. Ce chiffre, en y ajoutant les voix réparties entre les autres partis, correspond à un minimum de population hongroise de 900.000 habitants, sans parler même des Juifs, des Tziganes et des soi disant „apatrides", dont nous parlerons tout à l'heure, ce qui nous porte largement au delà du million.

Plutôt que de nous adresser à M. Ancel, collaborateur de „l'Europe Centrale", organe de propagande tchèque à Prague, qui veut bien reconnaître 750.000 Hongrois en Tchécoslovaquie, nous préférons nous référer à la statistique officielle tchécoslovaque (14e année, n° 195). En comparant les résultats du recensement en 1921 et en 1930, on voit qu'en dix ans, toutes les nationalités de Tchécoslovaquie ont augmenté, à la seule exception de la minorité hongroise. Celle-ci serait tombée, en effet, de 744.621 en 1921, à 691.923 en 1930. Les d ux catégories de population qui se sont révélées les plus prolifiques sont les Tziganes et les „étrangers". En Slovaquie et en Russie subcarpathique, le nombre des Tziganes aurait bondi de 8.417 à 31.980. Quant

aux „étrangers", en Russie subcarpathique (la région la moins hospitalière de tout le pays !), la statistique officielle enregistre 16.230 „étrangers" contre 6.860 en 1921 et en Slovaquie 75.600 contre 42.240 en 1921. En tout, 91.000 „étrangers" vivraient donc dans ces deux régions, alors qu'il n'y en avait en 1921 que 49.000.

Tout s'éclaire si l'on sait qu'en vérité les „étrangers" de ces régions ne sont autres que des habitants autochtones, privés arbitrairement, au cours des années, de leur citoyenneté tchécoslovaque et devenus ainsi des apatrides. Il faut aussi se demander combien de Hongrois ont été déclarés Tziganes pour obtenir le chiffre de 31.980 Tziganes, et combien de Hongrois figurent sous la rubrique des Juifs, dont le nombre s'élève, en Slovaquie et en Russie subcarpathique, à non moins de 156.000, alors qu'il n'y en aurait que 30.000 en Bohême-Moravie pourtant plus de deux fois plus peuplée ! Pourquoi ? Parce que, lorsqu'un Juif parle tchèque, il est qualifié de Tchèque. Telles sont les beautés de la statistique, reine des sciences inexactes.

En Slovaquie et en Russie subcarpathique, les fiches de recensement ne sont pas remplies par les habitants, mais par des gendarmes ou des huissiers. Ajoutons la fameuse analyse des noms, méthode qui perment de dénationaliser des gens d'un trait de plume, contre leur volonté. Tous ces Hongrois enregistrés dans d'autres catégories de la population, ne font plus partie, aux yeux du gouvernement, de la minorité hongroise, et ces procédés ont pour but de faire tomber la proportion des Hongrois au-dessous de 20 %, minimum prévu par la loi tchèque pour permettre l'emploi de la langue hongroise. D'après le dernier recensement, cette proportion n'est même plus atteinte dans les villes de Bratislava (ancienne capitale de la Hongrie), de Kosice et de Uzhorod, où en 1914, la proportion des Hongrois dépassait les trois quarts.

Il résulte de tout ceci que, en Tchécoslovaquie (comme dans les autres pays successeurs), les Hongrois sont beaucoup plus nombreux que ne l'indiquent les statistiques officielles et celles de l'auteur de l'article, qui d'ailleurs fait allusion à l' „émigration" des Hongrois de Tchécoslovaquie. Précisément, il reste à lui demander si cette „émigration" a bien été volontaire, ou si ce terme n'est pas plutôt un euphémisme pour désigner des départs forcés. Mais même si ces chiffres étaient

exacts, cela ne changerait rien au fait que les minorités hongroises, dans les Etats considérés, sont importantes et compactes, ni aux obligations assumées envers elles par l'Etat tchécoslovaque en particulier. En outre, l'auteur de l'article ne conteste pas que les Tchèques sont en minorité dans leur propre pays, alors que contrairement à ses assertions, les Hongrois, eux, étaient en majorité dans l'ancienne Hongrie.

M. Bénès risque une assertion vraiment incroyable: d'après lui, la situation politique et les conditions culturelles et économiques des Hongrois vivant en Tchécoslovaquie seraient meilleurs que celles des Hongrois de Hongrie. Or, tout d'abord, si la population est si heureuse, pourquoi ce régime policier, et si, comme le dit l'auteur de l'article, la Tchécoslovaquie „n'a rien à craindre" d'une consultation populaire, pourquoi la refuse-t-elle obstinément? En comparant le nouveau régime en Slovaquie avec le régime hongrois d'avant-guerre. M. Hlinka lui-même, chef du parti slovaque autonomiste, pris à témoin par M. Bénès, a déclaré en 1932: „Il y avait sous le régime hongrois du pain, de l'argent, du bien-être. Aujourd'hui, tout cela est en train de disparaître."

Si telle est la situation des Slovaques, on peut aisément deviner ce que doit être celle des Hongrois. En effet, les terrains expropriés aux minorités en vertu de la reforme agraire, ont été pour la plupart distribués à des Tchèques, nouveaux venus dans ces régions, et une analyse de la répartition budgétaire, du système fiscal et bancaire, etc., montrerait que sous des dehors égalitaires, il y a, en réalité, hégémonie de l'élément tchêque et discrimination au détriment des minoritaires; d'où grave appauvrissement de ceux-ci et, par là, abaissement de leur niveau général.

Il en va de même quant aux droits culturels des Hongrois et il serait plus prudent de la part des Tchèques de n'en pas parler. Récemment encore, les partis hongrois ont dû porter leurs griefs devant le gouvernement et déclarer que si, dix-huit ans après l'annexion, leurs revendications légitimes continuaient à ne pas être écoutées, ils seraient obligés de s'adresser à Genève. En effet, le nombre des écoles hongroises diminue constamment, les professeur de langue hongroise sont remplacés par des professeurs tchèques et slovaques et toutes les mesures du gouvernement, en particulier celles qui visent l'emploi de la

langue hongroise, out pour but, en violation du traité des minorités, l'anéantissement de l'élément hongrois.

Quant au rôle joué en Tchécoslovaquie par les communistes, les innombrables voyages d'étude de fonctionnaires supérieurs en U. R. S. S., l'accroissement considérable des crédits budgétaires pour les échanges culturels et scolaires avec la Russie soviétique la propagation officiellement encouragée de la littérature et de films bolchéviques, et l'obligation faite aux écoliers slovaques et hongrois d'entrer dans les associations des amis de l'U. R. S. S. (contrainte contre laquelle les députés slovaqnes et hongrois ont vivement protesté au parlement, fin octobre) montrent bien quelle est la nature des rapports entre la Tchécoslovaquie et ce dernier pays. En ce qui concerne l'existence des bases d'aviation soviétique en Tchécoslovaquie, nous nous bornerons à recommander un petit voyage d'étude à Uzhorod, à Munkacevo, à Rehovo, à Solotvina, à Pistany, à Vajnori et à Trencin.

Un voyage d'étude de ce genre en Tchécoslovaquie se révélerait d'ailleur instructif à d'autres égards. Une visite en Russie subcarpathique permettrait par exemple de se rendre compte du degré d'autonomie de cette région. On sait que l'autonomie a été la condition sous laquelle une partie des Ruthènes ont accepté d'adhérer à la Tchécoslovaquie et que cette autonomie a été explicitement garantie par le traité de Saint Germain, placé, de son côté, sous la garantie de la S. d. N. Or, malgré les obligations contractuelles, dont les Tchèques se font pourtant les plus fervents protagonistes, l'autonomie de la Russie subcarpathique n'existe pas encore: elle n'est que symbolique et, dix-huit ans après le traité, ce symbole est réduit à la personne du gouverneur nommé par Prague. Dans cette province, où la population tchèque n'est représentées que par les fonctionnaires et les gendarmes, le pouvoir véritable est exercé par le président de la province, qui est un Tchèque.

Ici, comme dans le reste du pays, on retrouve donc contrairement aux assertions de l'auteur de l'article, les mêmes privilèges réservés toujours au seul élément tchèque. Nous laissons au lecteur le soin d'apprécier si, dans ces conditions, la Tchécoslovaquie est vraiment une démocratie analogue soit à la Suisse (qui, elle a su résoudre le problème des nationalités), souit aux autres Etats occidentaux cités par M. Bénès.

 V. Christian.

Die deutschen „Erneuerer“ in Jugoslawien.

Ähnlich wie im rumänischen Banat herrscht auch in den Reihen des jugoslawischen Deutschtums ein Bruderkampf, der immer schärfere Formen annimmt. Junge Burschen, die erst zu ihrem Deutschtum erweckt werden mussten, als die Führer des jugoslawischen Deutschtums, wie Dr. Kraft, Dr. Grassl, Fräulein Reiter fast erschlagen und auf brutalste Weise misshandelt wurden, zeihen diese des Verrates und massen sich an, zur Führerschaft geboren zu sein, obwohl ihnen hierzu die nötige Erfahrung und die nötige geistige Ausrüstung abgehen.

Nachstehend lassen wir aus einem Aufsatze des Neusatzer „Deutschen Volksblattes“, der von Senator Dr. Georg Grassl verfasst wurde, einige Absätze folgen, die die Lage in den Reihen jugoslawischen Deutschtums wie ein Schlaglicht beleuchten. Im Aufsatze, der den Titel trägt: „Wie unsere Heimat und unser Volk erneuert werden!“ lesen wir z. B.:

„Ich bin schon lange der Überzeugung, dass man unseren sogenannten Erneuerern zu viel Ehre antut, wenn man ihr Geschrei und ihren Gestank als „Bewegung” ansieht, mit der man sich ernsthaft auseinandersetzen kann.

Schon einmal habe ich unsere „Erneuerer“ mit den Wiedertäufern und Bilderstürmern verglichen, denn wie diese die düsteren Begleiterscheinungen der grossen geistigen und seelischen Auseinandersetzungen waren, die im sechzehnten Jahrhundert das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufrüttelten, so sind unsere „Erneuerer” die Schlacke des Nationalsozialismus, den sie in unserer Heimat zu vertreten vorgeben. Und wie ein Jan von Leyden und ein Knipperdolling schnöden Unfug trieben mit allem, was den deutschen Menschen jener Zeit heilig war, so müssen auch wir Tag für Tag mit ansehen, wie die Sinnbilder und Losungen der deutschen Wiedergeburt unserer Tage missbraucht, geschändet und in den Augen einer nichtdeutschen Umwelt verächtlich gemacht werden. Menschliches, Allzumenschliches – gewiss, aber die Dinge sind soweit

gediehen, dass man sie nicht weiter übersehen darf, wenn man nicht mitverantwortlich werden will an den Folgen, die nicht nur unserer Volksgruppe, sondern letzten Endes dem Ansehen und der Würde des deutschen Namens im Südosten unseres Erdteiles überhaupt drohen. Die grosse deutsche Freiheits- und Erneuerungsbewegung ist erhaben über alle Ausschreitungen, die hierzulande in ihrem Namen verübt werden, aber wir Deutsche in Südslawien haben die Pflicht, die Dinge so zu sehen, wie sie sich täglich, ja stündlich vor unseren Augen abspielen, und schonungslos den Mantel abzuheben von einer Romantik, die in Wahrheit geistige und seelische Verrohung bedeutet ...

Dr. Grassl führt nur einige krasse Fälle an, wie die „Erneuerer" das Deutschtum Jugoslawiens zu erneuern gedenken. Hernach schliesst Dr. Grassl seinen Aufsatz mit den Worten:

Alles bisher Erzählte aber übertrifft ein zurzeit im Auslande weilender jugendlicher heimatlicher Volksgenosse, der einem Freunde in der Heimat folgenden Gewinn seiner Auslandfahrt mitteilt:

Nicht Katholik, nicht Protestant,
Nur Deutsche gibt es im deutschen Land;
Nichts gilt uns Bethlehem und Rom,
Der deutsche Wald ist unser Dom,
Und frei führt uns aus Not und Nacht
Der Gott, der tief in uns erwacht.

Ich hoffe, dass Du längst ein völkisch denkender Deutscher geworden bist und nicht mehr im Sinne des Judengottes Jesus Christus handelst. Gehe nicht in die Kirche, denn alles, was der Pfaffe sagt, ist Lüge."

Es sollte mich nicht wundern, wenn dieser Unflat demnächst in den deutschen Gemeinden unserer Heimat verbreitet wird. Ich begnüge mich hier damit, vor dieser besonderen Art „Erneuerung" alle zu warnen, die es mit dem alten deutschen Freiheitssänger Ernst Moritz Arndt halten, der das Betenkönnen für ein Merkmal des deutschen Mannes hielt.

Les arguments et les armes de la minorité bulgare.

Nous transmettons ces articles parus dans «*La Parole Bulgare*» quotidien indépendant paraissant a Sofia, dans les numéros 212 et 213 du 16 et 17 novembre.

Certains organes de la presse roumaine se font une spécialité des attaques réitérées et n'ayant rien de commun avec la vérité, dirigées contre la minorité bulgare, habitant en grand nombre le pays de nos voisins, et plus spécialement la Dobroudja méridionale. Très souvent les défenseurs de la minorité bulgare sont obligés de faire appel à la presse pour que cesse cette campagne mal intentionnée, qui envénime les relations et qui font du tort à la bonne réputation du pays.

Dans son dernier numéro du 12 novembre le „Dobroudjanski Glasse" revient sur le même sujet:

„Les attaques vigoureuses contre la minorité bulgare en Roumanie – sans avoir aucune justification – ne sont d'aucune utilité. Elles attisent les passions, augmentent les animosités, approfondissent des abîmes entre les citoyens du même pays, qui ont les mêmes droits légitimes et les mêmes obligations. Les citoyens roumains d'origine bulgare, des gens paisibles et adonnés au travail honnéte ne méritent pas d'être couverts de tant d'opprobre, comme le font à leur adresse des journalistes véritables et occasionnels, qui ont la prétention de parler au nom de l'opinion publique du pays. Leurs inventions et leurs balivernes procurent uniquement des distractions aux amateurs de reportages sensationnels.

„Depuis quelques jours, de nouveau, et avec un acharnement accru, certains quotidiens de Bucarest font des efforts pour accuser la minorité bulgare de choses incroyables. Ils s'efforcent d'imposer l'application du „principe de la réciprocité", insistant pour un traitement similaire à celui auquel serait soumise la minorité roumaine en Bulgarie. Ils essayent d'attribuer une apparence de vérité aux informations sur la situation des Roumains en Bulgarie, puisées toujours à des „sources

privées". Cette campagne de dénigration est systématiquement menée. Elle sème l'inquiétude pärmi les citoyens bulgares d'origine roumaine, dont le grand tort est d'être nés Bulgares.

„A la „réciprocité" qu'on prêche, la minorité bulgare répond par le seul argument et la seule arme dont elle dispose: sa patience, son culte de la justice et de la légalité!"

Il parait que cette campagne de presse, visée par l'organe de la minorité bulgare, doit être mise en rapport avec les arrestations en masse de paysans bulgares qui ont eu lieu ces derniers jours, dans les deux départements de la Dobroudja méridionale. Plusieurs centaines d'habitants seraient mis en arrestation par les gendarmes, enchaînés, transportés dans les chefs-lieu des départements et relâchés, après un interrogatoire sommaire. On peut s'imaginer l'effet que ces mesures produisent sur la population paisible.

Des accusations non fondées contre la population bulgare.

Dans certains journaux de Bucarest, et notamment dans le „Curentul", on a publié des informations provenant de Constantza, suivant lesquelles, des comitadjis bulgares prépareraient des attaques dans la Dobroudja méridionale.

L'organe de la minorité bulgare en Roumanie, le „Dobroudjanski Glasse", paraissant dans la ville de Dobritch (Bazargic) et qui est en mesure de savoir ce que la population minoritaire bulgare a à subir à la suite de cette campagne d'insinuations de la presse et sachant d'autre part que les informations de Constantza n'ont rien à faire avec la réalité, proteste énergiquement.

„La minorité bulgare de la nouvelle Dobroudja, nous lisons dans le Numéro du 9 novembre, dont la loyauté envers l'ordre des choses existant est bien connue, avait une autre opinion du grand quotidien de Bucarest, le „Curentul."

Et le journal minoritaire affirme que dans la contrée, depuis des années règne le calme le plus parfait. Aucune attaque de bandit n'a été signalée. Les mensonges concernant les „comitadjis" restent pour le compte des correspondants sans scrupules. Et voici, comme la foudre du ciel clair, à un moment où tous les paysans se sont adonnés au labeur, et tracent des

sillons dans la terre durcie, une bombe est lancée de Constantza, par l'intermédiaire du „Curentul", pour provoquer l'allarme que rien ne peut justifier.

„L'information stupide parait être lancée dans un but satanique déterminé : en vue de semer une alarme indescriptible parmi les habitants paisibles de la Dobroudja. On y dit : — „les comitadjis vont se ruer de trois directions. Les colons seront dépouillés, maltraités, leurs biens seront incendiés." Des prophéties pareilles, pleines de menaces, sont le fruit de cerveaux désequilibrés et de fantaisies déchaînées. D'une manière déraisonnable, certains éléments jettent le germe de l'alarme, puis ils observent ce qui va se passer. Ils sèment le vent. Mais la minorité bulgare s'est habituée à supporter les tempêtes."

M. N. Iorga et les minorités.

Dans un discours contre le révisionnisme, prononcé à la réunion de la Ligue Culturelle (l'association qui mène l'action la plus nationaliste dans la pays), M. le professeur N. Iorga a touché aussi le problème minoritaire et a recommandé une politique de tolérance, qui trouve malheureusement très peu d'adhérents dans le pays.

„En Transylvanie, a-t-il dit, il n'y a pas que des Roumains. Il y a là des gens appartenant à d'autres nationalités qui sont prêts à marcher avec nous.

„Il n'est pas honnête cependant de n'apprécier les minorités que lorsqu'il s'agit d'élections et ensuite de les oublier ou de les persécuter".

Les doléances de la population musulmane en Dobroudja.

L'„Universul" reproduit sous ce titre les déclarations d'un intellectuel turc, faites au congrès de l'Union agraire, qu'a eu lieu à Constantza. Celui-ci, professeur à l'école musulmane, aurait exposé devant le congrès, en paroles émouvantes, la si-

tuation malheureuse de la population musulmane, qui a été astreinte à l'émigration.

„La population musulmane, déclare M. Ibadula Mustafa désire voir disparaître l'immixtion de la politique de parti dans ses institutions religieuses. Une loi rendant stables les organes du clergé et des instituteurs musulmans, et la désignation à ces postes d'éléments possédant la qualification exigée, serait de nature à rehausser le prestige de l'école et de l'église musulmanes et mettrait fin à un système malheureux qui est déplacé surtout dans ces institutions."

„Les meilleurs traitements alloués aux hodjas et aux instituteurs et l'élimination de l'influence politique des comités scolaires, en laissant l'élection de leurs membres au libre choix de la population musulmane, s'impose."

„On doit également redresser l'injustice faite à certains d'entre les démobilisés musulmans, en leur accordant des terres de labour, conformément à la réforme agraire et attribuer également des terres à ceux qui n'en possèdent pas, dans les régions habitées par les musulmans.

„Grâce à ces mesures l'estime que l'exode de la population musulmane de la Dobroudja du sud vers l'Asie Mineure cessera."

Ces déclarations confirment en tous points l'affirmation de l'Association bulgare pour la Société des Nations, exposée à plusieurs reprises, et dernièrement formulée dans une brochure, par elle éditée, et portant le titre „Une nouvelle injustice dans la Dobroudja du Sud" et suivant laquelle l'exode de la population musulmane, aussi bien que l'émigration de la population bulgare de la Dobroudja du Sud, devaient être attribuées, en premier lieu, au fait que le gouvernement roumain n'a pas appliqué la réforme agraire dans ses dispositions d'ordre social. L'Etat roumain n'a pas attribué de terre de labour aux habitants bulgares et turcs, comme il était obligé de le faire en vertu de la loi sur la réforme agraire.

Le parti national-chrétien roumain et les Juifs.

M. A. C. Cuza, sénateur, professeur d'université et antisémite connu, chef suprême du parti national-chrétien roumain avait prononcé un discours au Sénat, par lequel il expliquait tous les problèmes du pays par l'influence des Juifs. Le représentant du culte israélite au Sénat, le grand rabbin Niemerover lui ayant adressé une réplique, M. Cuza a de nouveau pris la parole à la séance du 10 décembre et son discours a occupé presque toute la séance. Il a déclaré notamment que son parti arriverait au pouvoir bientôt et que sa première tâche serait de donner „une solution définitive" au problème juif en Roumanie, en chassant tous les Juifs. Aucun autre parti politique, pense M. Cuza, même pas le parti national-paysan n'osera défendre les Juifs. L'orateur les invita à prendre dès à présent leurs mesures afin de ne pas être surpris par les événements. Comme ils ne peuvent pas devenir Roumains, ils doivent quitter le pays.

Urteile.

Der Priester Karl Farkas wurde wegen der ungarischen Hymne zu fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 21. Oktober gelangte die Angelegenheit des reformierten Priesters von Petrilaca Karl Farkas, der wegen Aufwiegelung gegen den Staat angeklagt war, vor die Tafel in Târgumureş. Laut Anklage der Gendarmerie hielt Karl Farkas am 20. November 1932 eine Trauungszeremonie ab, bei deren Abschluss die Anwesenden die ungarische Hymne sangen. Dafür zog man Karl Farkas zur Verantwortung. Der Gerichtshof von Ibaşfălau verurteilte Karl Farkas zu tausend Lei Geldstrafe. Später verschärfte die Tafel von Târgumureş die Strafe des Priesters zu einmonatlichem Gefägnis und zehntausend Lei Geldstrafe.

Senator Dr. Elemér Gyárfás versah im November 1935 vor dem Kassationshof den Schutz des reformierten Priesters.

Der allerhöchste Gerichtshof erteilte damals der Tafel die Weisung, jene Stellen der Ungarischen Hymne zu bezeichnen, die den rumänischen Staat verletzen. Auf diese Weise gelangte die Angelegenheit wieder vor die Tafel in Târgumureș. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt suchte um Verschärfung des Urteils an, wogegen Senator Dr. Elemér Gyárfás bezeugte, die beanständete Hymne sei ein kirchlicher Gesang, die in dem von der reformierten Kirche im Jahre 1911 und 1923 herausgegebenen „Gesangsbuch" zu finden ist.

Im seiner Verteidigungsrede las Dr. Elemér Gyárfás die einstige Verteidigungsrede des gewesenen Ministerpräsidenten Julius Maniu vor, die er im Jahre 1900 in Alba Iulia gehalten hatte. Er verteidigte eine rumänische Gesellschaft, die das Nationallied „Deșteaptă te Române" gesungen hatte. In diesem Lied sind hinsichtlich des Ungartums viel stärkere Aeusserungen enthalten, trotzdem hat der damalige ungarische Gerichtshof die Angeklagten freigesprochen, selbst der königl. Staatsanwalt appellierte nicht gegen dieses Urteil.

Die Tafel von Târgumureș stellte nach verklungener Rede des Dr. Elemér Gyárfás fest, in der Hymne sei keine staatsfeindliche Aeusserung zu finden, da sie aber das offizielle Gebet des ungarischen Volkes ist, sei deren Absingen verboten. Darum verurteilt sie Karl Farkas zu 15 Tagen Gefängnis. Gegen das Urteil appellierte der reformierte Priester Karl Farkas.

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT:

Seite

Neuerliche Abänderung der Ortsnamen in Südslawien. Von: Imre Prokopy 1
Die Deklaration der Ungarischen Partei und die Stellungnahme des Aussenministers 4
Eine neue Schulverordnung in Ungarn 6
Sondersteuer für Minderheiten 9
Ein Schlag gegen die Einigung der Deutschen Rumäniens 11
Eine missverstandene Rede des ungarischen Senators Gyárfás 12
Daten zum Wahlspruch der „Proportionalität“ 13
Entnationalisierung strafbar! Ein Minderheiten-Antrag im Prager Parlament 14
Zur Lage der Ukrainer in Rumänien 15
Die Lehren der englischen Geschichte 16
Die Tätigkeit des Völkerbundes im Jahre 1935 in Minderheitenfragen 17
Der Kampf um den Sprachgebrauch der Minderheiten. Stellungnahme der Abgeordneten Josef Willer und Hans Otto Roth zur Kammerverhandlung der Gesetzvorlage zur Verwaltungsreform 37
Neue Wege der ungarischen Minderheitenpolitik 63
In der Tschechoslowakei neue Agrar-Reform? 68
Der amtliche Atlas der Tschechoslowakischen Republik . 68
Dr. Ewald Ammende 69
La mort du Dr. Ewald Ammende. Par: Dr. I. S. Pénacov 72
Absonderliche Erscheinungen an der deutschen-ungarischen Minderheitsfront. Von: Emerich Prokopy 74
Der Empfang der neuen ungarischen Minderheitenschulverordnung in der Presse 77
M. Nicolas Iorga sur la politique minoritaire 87
Avocaţii minoritari şi numerus proportionalis 90
Ungarische und deutsche Ortsnamen 92

Seite

„La Parole Bulgare“ sur le Congrès des étudiants chrétiens tenu a Târgu-Mureş 95
Die Ungarn in der Tschechoslowakei fordern ungarische Schulen 97
Ce que disait M. Tataresco des minorités 97
Was die Stadt Târgu-Mureş unterstützt und was nicht . . 98
Eine Petition zum Völkerbund, deren Schicksal uns alle interessiert 101
Wie die Minderheitenpolitik Ungarns beschaffen sein muss 105
Un document interesant 108
Le parti national-paysan sur la participation des minorités à la vie économique 113
Die Entlassung von 183 zu Minderheiten gehörenden Postbeamten 114
Une voix roumaine contre la S. D. N. 115
Toujours l'enseignement antiminoritaire 116
Die Wiederherstellung der Agrarreform gegenüber der griechisch-katholischen Kirche 116
Die Patenschaften Anghelescu's 117
Die Krise des ungarländischen Deutschtums. Von: Árpad Török 129
Ein Appell an England 144
Genfer Wirkung in der Angelegenheit der Gütergemeinschaft von Zam-Săncrei 145
Das neue Gesetz zum Schutze des Staates in der Tschechoslowakei 148
Die Autonomie Karpathorusslands 151
Eine bulgarische Denkschrift an die rumänische Regierung 153
Der zwölfte Kongress der europäischen Nationalitäten . . 161
Rede des Präsidenten Dr. J. Wilfan 162
Discours de Monsieur de Szüllő 163
Das Lebensrecht der Volksgruppen in den Staaten Europas 166
Rede des Dr. Leo v. Deák 166
Resolution zu Punkt: „Das Lebensrecht der Volksgruppen in den Staaten Europas“ 172
Rede des Dr. E. v. Jakabffy 174
Resolution zu Punkt: „Die Völkerbundreform und die Nationalitäten“ 179

Seite

Rede des Dr. E. Besednjak 180
La question minoritaire à la Chambre des Communes . . 190
Ein Memorandum über die Lage der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei 190
Chestiunea Transilvaniei înaintea opiniei publice europene. 1865–1920. De: Dr. Mikó Imre 193
La question de Transylvanie devant l'opinion européenne. 1865—1920. Par: Dr. Mikó Imre 194
Die Siebenbürgische Frage vor der öffentlichen Meinung Europas. 1865–1920. Von: Dr. Mikó Imre 196
Äusserung der Ungarischen Partei in der Kammer. Parlamentsrede des Abgeordneten Josef Willer gelegentlich der Adress-Debatte in der Kammersitzung am 25. November 1936 229
Änderung in der Lage der ungarischen Minderheit Jugoslawiens 245
La Tchécoslovaquie est-elle une autre Suisse? Par: V. Christian 248
Die deutschen „Erneuerer" in Jugoslawien 253
Les arguments et les armes de la minorité bulgare . . . 255
M. N. Iorga et les minorités 257
Les doléances de la population musulmane en Dobroudja . 257
Le parti national-chrétien roumain et les Juifs 259

Urteile.

Ein kennzeichnender Fall 119
Ein Lehrling wurde wegen Irredentismus verurteilt 120
Irredenta-Angelegenheit von Imper beim Frohnleichnamsfest 121
Der Priester Karl Farkas wurde wegen der ungarischen Hymne zu fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt . . . 259

Ereignisse.

Das merkwürdige Los einer reformierten Schule in Rumänien 154
Wohin die Religionsaustritte führen 155
Namens-Rumänisierungen 156

Seite

Bücher und Zeitschriften.

Eine öffentlich-rechtliche Erörterung der rumänischen Prüfungen der Beamten und Lehrpersonen 18
„Grenzland" über die Lage der Minderheiten in Rumänien 21
Gesammelte Äusserungen ungarischer Politiker im „Grenzland" 99

Statistische Mitteilungen.

Der natürliche Volkszuwachs in Siebenbürgen zwischen 1920 und 1930 23
Die römisch-katholischen konfessionellen Lehranstalten der Timişoaraer Diözese im Schuljahr 1933/34 30
Statistische Daten über die Bevölkerung des rumänischen Banates 100
Die römisch-katholischen konfessionellen Lehranstalten der Alba-Iulia-er Diözese im Schuljahr 1934/35 122
Die konfessionellen Lehranstalten des reformierten Kirchendistriktes von Királyhágómellék im Schuljahr 1935/36 157